

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1908)
Heft: 21-22

Artikel: Einige Gedanken zur Friedensarbeit [Fortsetzung]
Autor: Lennhoff, Eugen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802262>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

deutsche Regierung habe den französischen Standpunkt akzeptieren können, ohne ihre eigene Würde zu verletzen, da die Rechte Frankreichs nicht zu bestreiten waren. Die Verständigung sei ein Sieg des gesunden Menschenverstandes, und beide Länder könnten sich mit gleichem Recht darüber freuen.“

Die erlösende Formel lautete: „Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Ereignisse, die sich in Casablanca am 25. September d. J. zugesetzen und untergeordnete Organe zur Anwendung von Gewalt und zu ärgerlichen Täglichkeiten geführt haben. Sie beschliessen, die Gesamtheit der hierbei entstandenen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. In beiderseitigem Einvernehmen verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, ihr Bedauern über die Handlungsweise ihrer Organe in Gemässheit des Spruches auszusprechen, den die Schiedsrichter über den Tatbestand und die Rechtsfragen abgeben werden.“

Die französische Presse zeigt nach diesem Ausgang der Sache eine vorbildliche Mässigung. Sie triumphiert nicht, sie spottet nicht, sondern sie zeigt sich als würdiger Sieger: Sie freut sich herzlich, dass Deutschland zur Einsicht gekommen ist, dass es in seinen Forderungen zu weit ging. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass man die Kompetenzen der Herren Diplomaten etwas beschneiden und sich etwas williger zeigen solle, internationale Zwiste einem Schiedsgericht zu unterstellen. Ueberhaupt wird im allgemeinen den Regierungen der Rat gegeben, mehr auf die Stimmen ihrer Völker zu hören. Es sind nicht etwa nur sozialdemokratische Blätter dieser Meinung. Diesen Wunsch sprechen auch gut bürgerliche republikanische aus. So meint z. B. der oft offiziöse „Petit Parisien“: „Die glückliche Lösung des Casablanca-Zwischenfalles wird ein Markstein dieses neuen Geistes sein, welcher die Völker bewegt: den Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit auf friedliche Weise zu suchen.“ Auf diesen friedlichen, vernünftigen Ton sind alle Blätter der Blockparteien gestimmt. Natürlich wird auch noch versucht, weiter zu hetzen. Das unter klerikalem Einfluss stehende „Echo de Paris“ wirft Deutschland vor, es suche immer die Tripleentente zwischen Russland, England und Frankreich zu stören. Der der gleichen Strömung angehörende „Eclair“ versucht der französischen Regierung noch einen Vorwurf zu machen, sie habe den Rapport des Kommissärs Borde zu lange verzögert; dieses Manöver sei sehr gefährlich gewesen. Aber das sind Ausnahmen: die übergrosse Mehrzahl ist der Ansicht, dass der Zwischenfall von Casablanca und seine Lösung für beide Nationen gute Lehren in sich schliesst. Man scheint nicht weit von der Meinung Jaurès entfernt zu sein, der geschrieben hat, Deutschland und Frankreich werden doch noch dazu kommen, sich vertragen zu lernen.

Von Bedeutung im allgemeinen und im besondern für den Weltfrieden sind diejenigen Erscheinungen, die sich als Folge des unglückseligen Kaiserinterviews, welches der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlichte, gezeigt haben. So gefährlich und anfechtbar sowohl diese Veröffentlichungen selbst als auch die durch dieselben ans Licht getretenen willkürlichen Handlungen des Herrschers sind, so zeigen sie doch, wie Wilhelm II. à tout prix den Frieden mit England zu erhalten wünscht. Die Wirkung war allerdings dem Wunsche durchaus nicht entsprechend, und die Nachwehen dieses einzig dastehenden Falles werden noch lange in der innern und äussern Politik Deutschlands fühlbar bleiben.

Schliesslich verdient noch der infolge des betrübenden Grubenunglücks in Hamm stattgehabte De-

peschenwechsel erwähnt zu werden, der einen Lichtstrahl der Hoffnung auf die vielen dunkeln Aussichten wirft. Wir lesen darüber:

Der Depeschenaustausch zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Kaiser anlässlich der Grubenkatastrophe bei Hamm hat in Deutschland wie in Frankreich einen guten Eindruck hervorgerufen. Ein offiziöses Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus Berlin lässt sich dazu also vernehmen: „Mit aufrichtiger Genugtuung und Freude nimmt man in Deutschland von den herzlichen Kundgebungen der Teilnahme Kenntnis, die von Frankreich anlässlich des schweren Unglücks in Hamm hierher gerichtet worden sind. Die offensbare Wärme und Aufrichtigkeit des Tons berührt hier sehr angenehm, nicht minder aber auch der wiederholt zum Ausdruck kommende Wunsch, dass die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft der Schärfe entkleidet sein mögen. Die Pariser Presse drückt dem Präsidenten Fallières für sein Beileidstelegramm an Kaiser Wilhelm ihre vollste Zustimmung aus. Damit hat er, schreibt u. a. Henry Bérenger in der „Action“, das leidige Missverständnis der letzten Wochen abgeschlossen und vielleicht auch die Aera der wahren Beschwichtigung eröffnet. Herr Fallières hat sich erinnert, dass nach der Katastrophe von Courrières die Bergleute Deutschlands denen Frankreichs die Hand boten und sich dadurch selbst geehrt. Indem die parlamentarische Gruppe des internationalen Schiedsgerichtes eine Sympathieadresse an die deutschen Bergleute beschloss, gesellte sie das französische Parlament dem Präsidenten der Republik bei. So sind es die berufenen Vertreter unserer nationalen Demokratie, ihre Gewählten und ihre Führer, welche dem trauernden Deutschland die stolze Sympathie des arbeitenden Frankreichs bezeugen. Wir hegen die Zuversicht, dass die öffentliche Meinung Deutschlands den menschenfreundlichen Schritt Frankreichs mit gleicher Sympathie aufnehmen wird. Haben doch zwei grosse arbeitsame und gebildete Demokratien Besseres zu tun, als ihre Arbeitsfelder in Schlachtfelder umzuwandeln. Sie ehren sich mehr, indem sie vereint trauern und streben, als indem sie einander grossen und zum Unheile der westeuropäischen Zivilisation vernichten.“

Alles, was wir kurz beleuchtet haben, zeigt uns einerseits, dass die Zeiten ernst sind und dass Entwicklungsmöglichkeiten in Hülle und Fülle vorhanden sind. Anderseits sehen wir vielen redlichen Willen zur Vermeidung ernstlicher Konflikte und ein wachsendes Verständnis für schiedsgerichtliche Erledigung von Differenzen. Bald kann es soweit sein, dass eine dankbare Welt dem Pazifismus huldigen wird, diesem Erlösungswerk, dessen Vorkämpfer noch vor wenigen Jahren als einfältige Schwärmer verachtet wurden. Einstweilen aber gilt es für uns zu wachen und zu kämpfen für den Sieg unserer Sache; es ist viel, viel gefährlicher Zündstoff angehäuft, und die alten Vorurteile sind noch weitverbreitet. G.-C.

—o—

Einige Gedanken zur Friedensarbeit.

Von Eugen Lennhoff, Zürich.

III. Konsequenz.

Wir Pazifisten stehen in einem schweren Kampf! Gross sind die Hindernisse, die sich uns in den Weg stellen, und schwer sind sie zu überbrücken. Wohl eines der grössten davon sind die antimilitaristischen Strömungen. Denn die Leute, die un-

serer grossen Idee als solcher nichts entgegenhalten können, schieben uns einfach Antimilitarismus in die Schuhe, und dieser ist in weiten Volksschichten so verpönt und verhasst, dass wir schwer nur gegen die falschen Verdächtigungen aufkommen können.

Es ist ja schliesslich kein Wunder, dass oberflächliche Beobachter die beiden Bewegungen verwechseln, denn, da beide einmal eigentlich gegen die gleiche Institution ankämpfen — nur mit grundverschiedenen Mitteln und aus grundverschiedenen Gründen — so müssen sie nach der Meinung von Laien auch dieselbe Sache sein. Dem Antimilitarismus haftet nun ein bedenkliches Odium an, ergo ist dies auch mit dem „unter der gleichen Decke steckenden“ Pazifismus der Fall. Es wird dabei nur vergessen, dass die Friedensbewegung im Rahmen der heutigen sittlichen Gesellschaftsordnung wirkt, während die Antimilitaristen die letztere bis aufs Blut bekämpfen. Hier Volksbelehrung, dort systematische Volksverhetzung!

Unsere Sache ist es nun, dem Antimilitarismus energisch zu Leibe zu rücken. Aber dies darf nicht dadurch geschehen, dass wir Konzessionen machen! Wir müssen in unseren Bemühungen consequent bleiben, auch nicht um ein Jota darf von unserem Programm abgewichen werden.

Es ist mir jüngst in einer Versammlung passiert, dass ein sonst eifriger Pazifist dem Friedensverein scharf opponierte. Warum das? Er griff zurück auf die um ein Jahr zurückliegende Abstimmung über die Militärorganisation und tadelte es, dass in der „N. Z. Ztg.“ ein bekannter Vorkämpfer unserer Bewegung für die Annahme votiert hatte, und zwar in einer Weise, dass man den ganzen Friedensverein dahinter vermuten musste. „Nur die Antimilitaristen bekämpfen dieses Gesetz, wir gute Patrioten stimmen natürlich dafür!“ Da haben wir es! Aus Furcht, man könne als Antimilitarist gelten, schreibt man für eine Sache, gegen die man auch als treuer Patriot sein muss, wenn man eben Friedensfreund sein will. Haben wir nicht das Abrüstungsproblem auf unser Programm genommen, und müssen wir uns deshalb nicht ablehnend gegen jegliche Vermehrung der Rüstungsmittel in unserem Staate verhalten? Es ist nun zwar schon geraume Zeit seit jener Abstimmung ins Land gezogen, aber man muss doch wieder darauf zu sprechen kommen, wenn sie einem stets neuerdings unter die Nase gerieben wird.

Wenn wir treu zu unserer Fahne halten und offen erklären, dass wir mit dem Antimilitarismus nichts zu tun haben, dann haben wir es nicht nötig, wenn uns einmal auf den Zahn gefühlt wird, für Fragen einzustehen, die wir bekämpfen müssen. Sonst laufen wir Gefahr, für Menschen zu gelten, die ohne Rückgrat sich immer nach derjenigen Seite bücken, von woher kein Wind kommt.

Unser Kampf ist ja so herrlich und schön! Was brauchen wir uns um Anfechtungen zu kümmern, wenn wir uns unser Ideal stets vor Augen halten. Noch nie ist ein Ideal ohne äusserste Anstrengungen durchgedrungen. Sollte es uns besser gehen? Die Hauptsache bleibt eben, dass wir uns nie Vorwürfe zu machen haben, durch Inkonsistenz den Sieg hinausgeschoben und verzögert zu haben!

* * *

Nachschrift der Redaktion. Wir bedauern, in der Frage betreffend die neue Militärorganisation mit unserem Freunde nicht einig gehen zu können. Es handelte sich bei der neuen Militärorganisation im wesentlichen nicht um „Vermehrung der Rüstungsmittel“, sondern um eine zeitgemässere Revision einer $\frac{1}{3}$ Jahr-

hundert alten und darum veralteten Einrichtung. Aber die Friedensfreunde sind überhaupt für keinerlei Schwächung der nationalen Verteidigungskraft zu haben. Der Unterschied zwischen Antimilitaristen und Friedensfreunden lässt sich ziemlich genau präzisieren, und zwar in folgender Weise:

Der Antimilitarist erstrebt unbedingte Unterdrückung der militärischen Institution um jeden Preis. Also Verweigerung der Geldmittel zur Unterhaltung der Armee, Verweigerung der Dienstpflicht und des militärischen Gehorsams gegenüber dem Staate.

Der Friedensfreund erstrebt die Schaffung eines Rechtszustandes zwischen den Nationen und als natürliche Folge desselben Rüstungsstillstand, Abrüstung und Reduzierung der Armee zu einer Polizeitruppe.

Hält also unsere Regierung eine Verbesserung unseres Militärwesens oder sogar eine Rüstungsvermehrung nach reiflicher Erwägung für notwendig zu einer Zeit, da die Garantien für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit durch das internationale Recht noch nicht geschaffen sind, so müssen wir diejenigen, die dem Vorhaben der Regierung entgegenarbeiten und dadurch das Vaterland der grössten Gefahr aussetzen, als Antimilitaristen und Antipatrioten bezeichnen.

Es ist hier schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht worden, dass gerade in einem Lande wie der Schweiz, da als letzter Entscheid der Volkswille in Betracht fällt, die Gefahr besonders gross ist, dass dieses in mancher Beziehung vorausgeschrittene Volk es vergisst, dass die übrige Welt in ihren Anschauungen noch um einige Jahrzehnte zurückgeblieben ist und dass es darum in bezug auf seine Wehrhaftigkeit auf den Zustand seiner Umgebung Rücksicht nehmen muss, will es nicht eines Tages als gute Beute den benachbarten Raubrittern zum Opfer fallen.

Die Inkonsistenz liegt also allein da, wo man die richtige Folge nicht innehält.

Erst Schaffung des Rechtszustandes — dann Abrüstung!

G.-C.

Aufruf an die Völker.

Erlassen vom XVII. Weltfriedenkongress.

Während des letzten Jahres hat sich eine ernsthafte, aber vollkommen unbegründete Beunruhigung der politischen Welt bemächtigt.

Die Interessengegensätze, in denen sich verschiedene Nationen in verschiedenen Teilen des Erdballes befinden, werden von einer gewissen Presse aller Länder als unlösbare Konflikte geschildert. Broschüren, ja ganze Bücher erscheinen, die in phantastischer Weise einen Krieg der Zukunft, bald zwischen England und Deutschland, bald zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, bald zwischen ganzen Staatengruppen zu schildern unternehmen. Hochgestellte Männer behaupten, dass die Fragen der Gegenwart unter dem Gesichtspunkte eines notwendig kommenden grossen Krieges betrachtet werden müssen.

Dieses Spielen mit Kriegsphantasien ist ein unverantwortliches Spielen mit dem Feuer.

Wo sind denn in Wahrheit Interessengegensätze von solcher Stärke, dass eine Nation, auch wenn sie den Krieg als letztes Mittel der Selbstverteidigung betrachtet, das Leben ihrer Söhne, den Wohlstand eines Menschenalters, ja ihre Existenz gefährden möchte, um ihre eigenen Wünsche bis aufs letzte durchzusetzen, oder um einer anderen Nation zu nehmen, worauf diese bei billigem Ausgleich der Interessen Anspruch machen kann?

Nirgends!